

I. Hat Deutschland sich verändert?

Ein Erfahrungsbericht

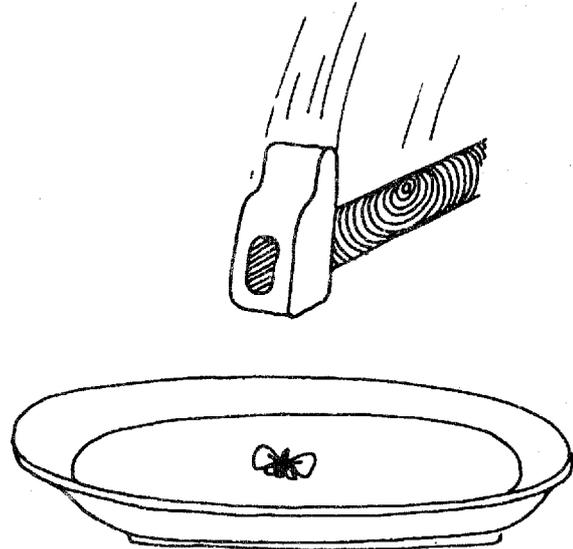
Hat Deutschland sich verändert? Bei meinem letzten Wochenendaufenthalt in Luxemburg war das die Frage die fast jeder mir stellte und ich hatte den Eindruck, dass man in Luxemburg nicht mehr so recht weiss, was man von der Entwicklung in der Bundesrepublik halten soll. Im Fernsehen hört man die Reden von Strauss, in den Illustrierten liest man die Freude über die Flucht Kapplers, täglich machen die Terroristen Schlagzeilen, und fährt man nur nach Trier zum Einkauf, fummeln einem die Bundesgrenzschutzbeamten mit entschulten Maschinengewehren unter der Nase herum. Dies alles kommt dem an Ruhe und Ereignislosigkeit gewohnten Luxemburger ziemlich fremd vor. Obschon ich jetzt seit fünf Jahren in der BRD studiere, fällt es mir nicht einfach auf eine so allgemeine Frage, wie die nach dem Zustand der BRD eine Antwort zu geben. Deshalb will ich in diesem Brief nur einige Erlebnisse aus den letzten Monaten erzählen, ohne gross zu versuchen eine theoretische Einschätzung zu liefern.

Ende des Sommersemesters soll ein neuer Rektor gewählt werden. Der Konvent ist angetreten zu seiner Sitzung im Audi-Max; da tauchen 1500 Studenten auf, die der (öffentlichen) Diskussion beiwohnen wollen. Es entsteht einiges Durcheinander, denn der Saal hat nur 1000 Plätze, der Kanzler fordert die Zuschauer auf, den Saal zu räumen - weshalb, bleibt unklar - dieser Aufforderung folgt eine zweite, eine dritte. Die Versammlung wird für gesprengt erklärt. Der Versammlungsleiter zieht samt Protokollanten und Verstärkeranlage ab und lässt den Konvent und die Zuschauer ratlos zurück. Das ganze Spektakel hat keine fünf Minuten gedauert, die Lokalpresse hat ihre Schlagzeile: "Studenten sprengen Konvent". Eine Woche später, als ich, an nichts Böses denkend, aus einer Übung komme, gleicht das Schloss einer Festung: überall Absperrungen, die von fünf Hundertschaften Polizei mit Hunden und Wasserwerfern gesichert werden. Dahinter tagt, wie ich mich jetzt wieder erinnere, der vertagte Konvent. Von den aufmüpfigen Studenten keine Spur, die Ordnungshüter stehen unbeschäftigt herum. Nur einige vorbeigehende Studenten bleiben stehn, diskutieren. Die meisten sind entsetzt über dieses Machtaufgebot, einige finden es richtig, denn man muss ja die Ordnung wahren, den Konvent, die demokratischen Organe unserer Uni schützen. Doch auch heute wird kein Rektor gewählt, der konservative Kandidat bekommt keine Mehrheit, auf einen Kompromissvorschlag kann man sich nicht einigen.

Einige Tage später soll unser ASTA (=allgemeiner Studenten-Ausschuss, Vertretungsorgan der Studenten) amtsenthoben werden. Es geht um das sogenannte politische Mandat, das Recht, sich zu politischen Themen zu äussern. Der ASTA wird jedes Jahr von Studenten gewählt, bei uns besteht er im Augenblick aus Juso (Jungsozialisten) und LHV (FDP-nahe Studenten). Dieser ASTA hat sich zu politischen Themen geäussert, was unrechtmässig ist, -so jedenfalls hat es das Verwaltungsgericht entschieden, das der RCDS (=Ring christlich-demokratischer Studenten) angerufen hatte. Jeder Rechtsbruch, das heisst jede politische Äusserung (hier: Aufruf zum 1. Mai, Stellungnahme zu Chile und Kernkraftwerken, Hilfe für Erdbebenopfer in der Türkei...) kostet 5000DM an Bussgeld, das sich für unsern ASTA auf 100 000 DM summiert hat. Um diese Geldverschwendung zu stoppen, will der Rektor den ASTA amtsentheben und er leitet ein Strafverfahren wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder (=die Beiträge der Studenten) gegen die gewählten studentischen Vertreter ein. Wegen der Semesterferien ist der Konflikt auf Eis gelegt, doch Ende Oktober wird es weitergehen.

Dies sind nur zwei Beispiele, die einen kleinen Einblick in das allgemeine Klima geben. Die Leute, auch die Studenten, sind im allgemeinen schrecklich angepasst: alles bewegt sich in den engen Grenzen des Wohlstandstaates, in dem jedes Bedürfnis auf Konsum ausgerichtet ist. Ein platter Realismus, der sich sehr wohl in dem Schmidt-Wort: "das Machbare machen" resümiert, beherrscht die Leute. Daher auch das niedrige Niveau der politischen Diskussion, in der sich die Linke immer auf der Defensive befindet. Dort, wo politische Probleme artikuliert werden, werden sie sofort mittels Gericht entschieden. So wie in unserem Beispiel des politischen Mandats oder beim Paragraph 218. Das Bundesverfassungsgericht als letzte Instanz in der politischen Auseinandersetzung, die freiheitlich demokratische Grundordnung als Fetisch, der Paragraph als Denkbremse, das sind wohl die auffälligsten Unterschiede zu unserer luxemburgischen Diskussionsweise, in der der Botsens als letzte Instanz gilt und ein Rest Bauernschläue es mit jeder juristischen Argumentation aufnehmen kann.

Doch regt sich einmal ein Widerstand, so ist die Reaktion total und in keinem Verhältnis zur Abweichung. Wenn man diese fünfhundert Polizisten sieht, und gleichzeitig keinen Störer weit und breit, dann ergreift einen die kalte Wut. Nicht wegen des Gebells der Hunde und der drohenden Wasserwerfer, sondern wegen der Unverhältnismässigkeit der Mittel, die schon fast an Hysterie grenzt. Die Wut wird verstärkt, dadurch dass man seine Gefühle kaum weiter vermitteln kann. Sie kommt erst so richtig hoch, wenn man anderntags die Presse liest, in der die Abwesenheit von Störern und die Verhinderung von Gewalttaten (=Sprengung), die es sowieso nur in der Phantasie einiger Beamten gab, zum Verdienst der Polizei wird.



in d. Libz. Land 44/76
SWS

Doch all diese Empfindungen, die ich hier beschreibe, sind mir jetzt erst richtig bewusst geworden und zwar bei meiner Teilnahme an der Demonstration gegen den Schnellen Brüter in Kalkar. Deshalb will ich hier davon erzählen, besonders auch deshalb, weil die luxemburgische Presse die dpa-Version übernommen hat und somit ein ganz falsches Bild wiedergegeben hat. (In diesem Zusammenhang stellt sich übrigens die Frage, in wie weit die Tatsache, dass grosse Bevölkerungsschichten ihre Information und Unterhaltung hauptsächlich aus den deutschen Medien erhalten, einen Einfluss auf die luxemburgische politische Diskussion und das Bewusstsein hat.)

Hier in Münster hatten sich morgens um vier Uhr 700-800 Leute eingefunden, um mit dem Bus nach Kalkar zu fahren. Als ich ankam, war der Platz taghell erleuchtet und die Polizei war dabei, die Demonstranten einzeln zu kontrollieren. Es wurde peinlich darauf geachtet, dass alle Auflagen erfüllt wurden. So wurde unsere Transparentstange auf 1,5m gekürzt, Helme wurden beschlagnahmt usw. Nach drei Stunden, um sieben Uhr, konnte der letzte Bus abfahren. Doch schon nach knapp hundert Kilometern kam die nächste Kontrolle. Der Laissez-passer, den die Münsteraner Polizisten uns ausgestellt hatten, war jetzt nichts mehr wert, die Kontrolle begann von neuem. Dann folgte noch eine und noch eine. Je näher wir an Kalkar heran kamen, desto schärfer wurden die Kontrollen. Während bei der Abfahrt der Busse normale Verkehrspolizisten eingesetzt waren, mit denen man noch reden konnte, bestand die letzte aus mit Maschinenpistolen bewaffneten Polizisten, die die Strasse mit Nato-Stacheldraht und Panzerwagen abgeriegelt hatten. Beschlagnahmt wurde alles, "was zum Arsenal des gewalttätigen Demonstranten gehört" (so die offizielle Formulierung). Darunter fielen neben Helmen, auch Halstücher (Vermummung), gelbe Regenjacken (Uniformierung) alles was man werfen kann (von der Limoflasche bis zur Würstchendose).

Ausserdem wurden Warndreiecke, Wagenheber, Benzinkanister und anderes Autozubehör beschlagnahmt. Verbandszeug, auch dort wo es von der Strassenverkehrsordnung vorgeschrieben wurde, war verboten. Unsere auf einsfünfzig gekürzte Latte mussten wir jetzt auch abgeben. Gegen diese Behandlung als Schwerverbrecher, als Terroristen konnten wir uns nicht zur Wehr setzen. Es galt, bloss die Zähne zusammenbeissen, nur nicht auf die Provokationen eingehen, keinen Vorwand zur Festnahme liefern. Und dies fiel schwer, wenn man seine mitgebrachten Zitrusfrüchte beschlagnahmt bekam (Waffe gegen Tränengas) oder wenn man auf die höfliche Frage, ob das Maschinengewehr gesichert sei, die Antwort bekam: "Wenns losgeht und du fällst um, bist du selber schuld!" Unser Busfahrer, ein unbescholtener Bürger, konnte es nicht begreifen, dass man ihn verdächtigte, Molotow-Cocktails zu besitzen, denn dort, wo er nur einen Kanister mit Putzmittel und Watte sah, erkannte das geschulte Auge des Gesetzes Sprengsätze und beschlagnahmte. Der Fahrer machte sich noch zusätzlich verdächtig, da er Schlagwerkzeug bei sich führte (zum Putzgeschirr gehörte nämlich auch noch ein Besen).

Mit grosser Verspätung kamen wir in Kalkar an, wo wir von weiteren Schikanen erfuhren. Ein Holländer, der ein Schlafpulver in seinem Gepäck hatte, war wegen Rauschgiftbesitz festgenommen worden, verschiedene Busse aus Süddeutschland waren bis zu zehnmal untersucht worden, in Hamburg demonstrierten 3000 Leute, die man überhaupt nicht hatte nach Kalkar reisen lassen.

Anschliessend kam der Marsch zum schnellen Brüter. Die schwarze Masse des riesigen Gebäudes hob sich von dem dunkeln Hintergrund ab. Rundherum eine zwei Meter hohe Mauer und ein fünf Meter breiter Graben, die im taghellen Licht strahlten, davor Nato-Draht. Tausende Polizisten, von denen man nur die glitzernden Helme erkannte, Nato-Draht und nochmals Nato-Draht. Diese uneinnehmbare Festung bot ein gespenstisches Bild, das Bild des Atom-Staats. Wir zogen fröhlich und erleichtert am Baugelände vorbei. Trotz aller Schikanen, trotz aller Verbote hatten wir es geschafft am Kernkraftwerk selber zu demonstrieren, wir waren über 50 000, trotz aller Spaltungsversuche, trotz der Hetze gegen die Chaoten, hatten wir es geschafft. Niemand von uns dachte daran das Ding zu stürmen, es zu besetzen. Niemand hatte sowieso je daran gedacht, und das wusste die Regierung, denn sämtliche Vorbereitungsversammlungen waren überwacht worden. Weshalb also dieses Bürgerkriegsmanöver?

Die Berichte in den Medien geben die Antwort. Wir sind erstaunt als wir von den tonnenweise beschlagnahmten Waffen lesen, von dem friedlichen Verlauf, der bloss dem Einschreiten der Polizei zu verdanken sei. Keine Zeitung geht auf unsere prinzipiellen Argumente gegen den Schnellen Brüter ein. Sogar die liberalen Blätter, Frankfurter Rundschau und Süddeutsche Zeitung, die im Innenteil eine nuancierte Eigenberichterstattung haben, übernehmen auf der ersten Seite die offizielle Version. Die Welt am Sonntag titelt: "Ein Toter in Kalkar" und meint damit das Opfer eines Verkehrsunfalls, Wir stehen im Abseits, in der gewalttätigen Terroristenecke.

An diesem Wochenende ist mir bewusst geworden, dass ich einer kleinen Gruppe von Fast-Kriminellen angehöre, von Leuten, die das Bestehende nicht als selbstverständlich ansehen, die nicht gewillt sind, das Leben der zukünftigen Generationen aufs Spiel zu setzen, nur damit unsere Energieverschwendung nicht in Frage gestellt wird. Wir haben uns dagegen ausgesprochen, dass immer schneller, immer grössere Mengen von Naturressourcen in Berge von Abfall umgewandelt werden, ohne dass dadurch der allgemeine Wohlstand wächst. Und diese Absage an den Fetisch Wirtschaftswachstum bringt uns fast an den Rand der Gesellschaft.

Die Erfahrungen dieses Wochenendes scheinen mir symptomatisch für das Klima in der Bundesrepublik und die Gefahren, die unter Umständen von diesem deutschen Staate ausgehen könnten. Das herrschende System ist hier so stark, dass fast jede wirkliche Opposition ausgeschaltet ist. Es gibt keine starke Arbeiterbewegung, es wird als selbstverständlich angenommen, dass in der Krise die Reallöhne der Arbeiterschaft fallen müssen (Eine Indexierung der Löhne, wie bei uns wäre undenkbar). Wenn es um

die Innere Sicherheit und um die Interessen der BRD-Wirtschaft im Ausland geht, dann besteht ein allgemeiner Konsens, die "Gemeinsamkeit der Demokraten". Unter dem Druck/der Wirtschaftskrise, beschleunigt/durch die terroristischen Verbrechen der letzten Monate sind alle Parteien zusammengerückt, so dass es de facto eine All-Parteien-Regierung gibt. Hatte man schon während des letzten Wahlkampfes Schwierigkeiten, inhaltliche Unterschiede zwischen den Parteien hinter den markigen Werbesprüchen zu finden (bezeichnenderweise warben alle Parteien, auch die DKP, mit den Nationalfarben) so verfliegen diese Nuancen in der Diktion zusehends. Der Konsens der Demokraten besteht überall, in der Politik, in der Presse, sogar in der Sprache und in den Köpfen der Bürger. Deshalb ist es so einfach, abweichende Gruppen ins Abseits zu stellen, deshalb kein Protest gegen die unverschämten Durchsuchungen in Kalkar, gegen die jetzt schon fünf Jahre alte Praxis der Berufsverbote.

Hat die Bundesrepublik sich geändert? Ich weiss nicht, ob ich diese Frage beantwortet habe. Die Tatsache, dass heute Willy Brandt und Gustav Heinemann als Wegbereiter des Terrorismus dargestellt werden können, gibt vielleicht eine Antwort.

Fern (2.10.77)